

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
193 · Ausgabe CH · März 2021
AZB 3001 Bern



«Wir brauchen dieses Gesetz – jetzt!»

Simonetta Sommaruga lanciert den Abstimmungskampf zum CO₂-Gesetz. Interview ab Seite 4

KOCHEN FÜRS KLIMA

Sterne-Koch Noah Bachofen zeigt, wie Fine Dining klimaschonend möglich ist. Zum Nachkochen. Seite 7

ARMUT IST KEIN VERBRECHEN

Erschütternd: Wer ohne roten Pass Sozialhilfe beanspruchen muss, riskiert den Verlust der Aufenthaltsbewilligung. Hilf mit im Kampf gegen dieses Unrecht! Seite 14

Auf Unternehmensbesuch in Winterthur drehte Simonetta Sommaruga eine Runde in einem Elektro-Lastwagen. Das CO₂-Gesetz fördert die Umstellung auf E-Mobilität, auch für schwere Laster.

«Wir brauchen dieses Gesetz – jetzt!»

IM JUNI KOMMT DAS CO₂-GESETZ VORS VOLK. BUNDESRÄTIN SIMONETTA SOMMARUGA ERKLÄRT IM INTERVIEW DIE GRUNDZÜGE DIESER WICHTIGEN VORLAGE. Interview: Gaël Bourgeois, Léon de Perrot, Pia Wildberger

Wir führen das Gespräch über Skype. Arbeitest du auch im Homeoffice?

Ja, mindestens einen Tag in der Woche, manchmal sind es auch zwei. Ich will mir vorstellen können, wie es den Leuten geht, die schon lange im Homeoffice arbeiten. Jetzt bin ich jedoch nicht im Homeoffice (Simonetta sitzt vor einem Wandteppich mit Schweizerkreuz).

Wie erlebst du die Vor- und Nachteile?

Zuhause arbeiten ist unkompliziert. Aber man muss sich gut organisieren, damit nicht die ganze Wohnung zum Büro wird. Und nach einem Homeoffice-Tag muss ich manchmal abends einfach noch kurz raus. Mit Kindern und ohne Balkon ist alles noch viel schwieriger.

Wie war dein Präsidialjahr?

Es war ein ganz aussergewöhnliches Jahr, wie für alle Leute. Der Bundesrat fällt in enormem Tempo einschneidende Entscheidungen. Ich war sehr froh, dass es mein zweites Präsidialjahr war und ich Erfahrung in der Leitung der Bundesratssitzungen hatte. Ich wusste, wie man trotz allem die Kontakte mit den Kantonen, mit der Wirtschaft, mit den Sozialpartnern und den Parteien aufrechterhält. Alain und ich arbeiteten hervorragend zusammen und brachten immer wieder ein, was für uns beide wichtig ist,

nämlich der Schutz der Bevölkerung und die Unterstützung für Menschen, die wegen der Pandemie wirtschaftlich in sehr schwierigen Situationen stecken.

Schauen wir in die Zukunft. Im Juni stimmen wir über das CO₂-Gesetz ab. Bis 2020 hätte die Schweiz 20 Prozent der Treibhausemissionen einsparen sollen, geschafft haben wir bloss 14. Bis 2030 sollen nun 50 Prozent eingespart werden. Ist das nicht illusorisch?

Überhaupt nicht. Genau deshalb engagiere ich mich für das Gesetz. Wir brauchen es, damit wir bis ins Jahr 2030 unseren CO₂-Ausstoss mindestens halbieren. Wir entscheiden jetzt darüber, wie unser Land im Jahr 2030 aussehen wird. Und vor allem tun wir es so, dass es nicht nur dem Klima, sondern auch der Bevölkerung dient.

Wir stecken in einer tiefen Wirtschaftskrise. Woher soll das Geld kommen?

Wir haben in den letzten zehn Jahren für den Import von Öl und Gas 80 Milliarden Franken an die Ölkonzerne im Ausland bezahlt. Ich möchte, dass dieses Geld in der Schweiz bleibt und wir bei uns in Arbeitsplätze mit Zukunft investieren. Erdöl, Kohle und Gas sind am Ende. Jetzt müssen wir die Weichen richtig stellen. Mit dem neuen Gesetz investieren wir in Infrastrukturen und in den

Service public. Das Gesetz unterstützt zum Beispiel die Anschaffung von Elektrobusen im ÖV oder den Bau von Fernwärmenetzen durch Städte und Gemeinden.

Können wir uns das CO₂-Gesetz leisten?

Ja. Wenn wir nichts fürs Klima tun, kostet das noch viel mehr. Zudem schaffen wir mit

DV: GEMEINSAM DIE GESELLSCHAFT VERÄNDERN

An der Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 kreuzen Mitglieder des Klimastreiks und SP-Exponent:innen auf dem Podium die Klinge: Sind die Institutionen zu träge, um überhaupt rasch genug auf die drohende Klimakatastrophe reagieren zu können? Welche Massnahmen braucht es?

Die Diskussion läuft im Vorfeld zur Resolution der Geschäftsleitung «Gemeinsam die Gesellschaft verändern» (Traktandum 9), die auf eine Unterstützung des Klimastreiks und der nationalen Klimakundgebung vom 21. Mai abzielt. Denn wir glauben an die Kraft der Veränderung, die von den Bewegungen der Zivilgesellschaft ausgeht!

Schalte dich zu – die Delegiertenversammlung übertragen wir live unter **sp-ps.ch**

dem Gesetz Arbeitsplätze bei uns. Davon profitieren zum Beispiel Sanitär-, Heizungs- und Elektrotechniker, der Cleantechsektor oder die Baubranche. Kaum ein anderes Umweltschutzgesetz wurde je so breit von der Wirtschaft mitgetragen. Dass die Erdöllobby dagegen ankämpft, ist keine Überraschung.

Trotzdem: Wer wird die Rechnung bezahlen?

Wer aus Klimasicht auf grossem Fuss lebt, bezahlt mit dem Gesetz drauf. Wer zum Beispiel mehrmals pro Jahr mit dem Flugzeug reist, wird stärker belastet. Das ist aber nur eine kleine Minderheit. Das Gesetz ist fair und sozial ausgestaltet. Zwei Drittel der Abgaben, die mit dem CO₂-Gesetz erhoben werden, fliessen an die Bevölkerung zurück. Bei der Flugticketabgabe wird die Hälfte zurückerstattet. Die Rückerstattung erfolgt pro Person. Das heisst, Familien mit Kindern bekommen auch für jedes Kind Geld zurück. Deshalb ist das Gesetz auch familienfreundlich.

Der Finanzplatz hat die grössten Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoss weltweit. Warum hat es keine griffige Massnahme dazu im Gesetz?

Der Finanzplatz ist tatsächlich zentral. Er steht gesellschaftlich und wirtschaftlich massiv unter Druck, sich zu bewegen. Man spricht bereits heute von Klimarisiken, wenn eine Bank oder eine Versicherung in veraltete Technologien investiert. Im Moment setzt das Gesetz noch auf Freiwilligkeit, aber wenn dies nicht zum Ziel führt, dann kommt eine Regulierung. Das unterstützt der Bundesrat.

Es wird eine Flugticketabgabe geschaffen, aber Flugbenzin ist von Steuern ausgenommen. Warum?

Wir müssen jetzt auf Lösungen setzen, die wir rasch umsetzen können. Dazu zählt die Flugticketabgabe. Für die Besteuerung von Kerosin wäre eine Verfassungsänderung nötig. Darum bin ich froh, dass sich die SP für die Flugticketabgabe eingesetzt hat. Eine unabhängige Studie hat gezeigt, dass zehn Prozent der Bevölkerung mit der Flugticketabgabe unter dem Strich mehr bezahlen. Der Rest hat wegen der Rückerstattung keine Mehrkosten zu befürchten. Ausserdem werden mit dem CO₂-Gesetz auch die Nachtzüge unterstützt – mit Geld aus der Flugticketabgabe.

In Europa kann man anstelle des Flugzeugs den Zug nehmen. Doch Leute, die in Randregionen mit schlechtem ÖV leben, haben keine Wahl. Sie sind auf das Auto angewiesen.

Darum gibt es auf Benzin nach wie vor keine CO₂-Abgabe. Mit dem CO₂-Gesetz erhöht sich aber der Druck auf die Autobranche, ef-

fizientere Autos zu importieren. Davon profitiert nicht nur das Klima. Es profitieren auch jene, die auf das Auto angewiesen sind. Denn mit effizienteren Autos sinken die Ausgaben fürs Benzin.

Gewisse Randregionen, etwa Berggebiete, sind schon heute vom Klimawandel betroffen. Was ist da geplant?

Das Gesetz sieht für Randregionen eine Unterstützung vor, denn diese sind vom Klimawandel besonders betroffen. Das Parlament hat darauf geachtet, den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken.

In Gebäudesanierungen steckt viel Klimapotenzial. Wer in einer Altbauwohnung wohnt, hat meist keinen Einfluss auf die Investitionen, die getätigt werden, bezahlt aber am Ende mehr.

Diese Angst ist unbegründet. Eine Studie hat gezeigt, dass klimafreundliche Sanierungen gerade bei älteren Gebäuden dazu führen können, dass die Gesamtkosten für die Miete sinken. Mieterinnen und Mieter profitieren dann nämlich von deutlich tieferen Heizkosten. Grundsätzlich ist es so, dass Mieterinnen und Mieter von der Vorlage finanziell kaum betroffen sind. Das sagt auch der Mieterverband.

Woher soll der Strom kommen?

Unser Fraktionschef, Nationalrat Roger Nordmann, hat ein tolles Buch geschrieben, das ich nur empfehlen kann. Er zeigt darin auf, wie wir mit Sonnenenergie die AKW abstellen und die Heizung sowie die Mobilität elektrifizieren können. Wir wollen bei den einheimischen erneuerbaren Energien stärker werden. Das Potenzial der Sonne ist enorm. Wenn wir die geeigneten Dächer in der Schweiz nutzen, können wir doppelt so viel Strom produzieren wie alle AKW zusammen. Es gibt übrigens auch Schweizer Firmen, die Solarpanels herstellen. Und die Installation bedeutet Aufträge für KMU, für Elektriker, Installateure und Gebäudetechniker – alles Arbeitsplätze mit Zukunft.

Die Speicherbatterien für Elektroautos funktionieren nur mit Ressourcen, die unter teils ausbeuterischen Verhältnissen in Entwicklungsländern gefördert werden.

Als ehemalige Präsidentin der Entwicklungshilfeorganisation Swissaid bin ich für diese Thematik sehr sensibilisiert. Die Batterietechnologie muss sich weiterentwickeln, und sie macht grosse Fortschritte auch dank der Forschung in der Schweiz, die ganz vorne mit dabei ist. Die Produktion von Batterien wird ökologischer, und Batterien werden zunehmend wiederverwendet oder recycelt. Übrigens: Bei den Solarpanels gilt schon heute, dass 95 Prozent der Solarpanels recycelt werden können.

Was passiert, wenn das Gesetz abgelehnt wird?

Wir würden klimapolitisch um Jahre zurückgeworfen – und wir würden die Chance verpassen, unsere Zukunft klimafreundlich zu gestalten. Wir brauchen deshalb dieses Gesetz, jetzt! Damit wir im 2050 klimaneutral sind, gibt es noch viel zu tun. Jetzt müssen wir die Weichen richtig stellen.



AUF EINEN BLICK

Das CO₂-Gesetz bildet einen ersten, wichtigen Schritt hin zur Halbierung des CO₂-Ausstosses in der Schweiz bis 2030.

Mit dem CO₂-Gesetz

- werden die Abgaben auf Brennstoffe erhöht.
- werden Abgaben auf Flugtickets und auf Flüge mit Privatjets eingeführt.
- wird ein überwiegender Teil dieser Abgaben an die Bevölkerung rückvergütet. Familien mit Kindern erhalten mehr Geld.
- werden nationale Gebäudestandards geschaffen und der Einbau von neuen Ölheizungen de facto untersagt.
- wird ein Klimafonds zur Finanzierung von klimafreundlichen Investitionen und Technologien geschaffen.
- werden in Rand- und Bergregionen Klima-Massnahmen finanziert.
- werden alternative Energien gefördert.
- werden Nachtzüge unterstützt.
- leisten wir einen Beitrag zu einer intakten Welt für nachkommende Generationen.

Darum: Ja zur Klimagerechtigkeit – Ja zum CO₂-Gesetz!